

Pressemitteilung vom 3.9.1997

## **Die Behauptung vom "Aus für die DÜBODO" ist ein gezieltes schwarz-rotes Täuschungsmanöver**

*Zu der gestern von Staatssekretär Lammert, Landesverkehrsminister Clement und den Vertretern der Städte Bochum und Dortmund vereinbarten Paketlösung für den Autobahnverkehr im mittleren Ruhrgebiet erklären die Sprecher der Bürger-initiative Bochum gegen die DÜBODO, W. Czapracki-Mohnhaupt und E. Stratmann-Mertens:*

1. Die Einigung zwischen Bundes- und Landesregierung auf die sog. Bochumer Lösung dient wie die gesamte Paketlösung aus 20 Autobahnprojekten nicht der Entlastung des mittleren Ruhrgebiets von Verkehr, sondern einer enormen verkehrlichen Aufrüstung. Sie ist ein Schlag ins Gesicht für alle Bestrebungen, die Ruhrgebietsbevölkerung von Lärm und Abgasen zu entlasten und den notwendigen Klimaschutz in Angriff zu nehmen.
2. Die Behauptung, die Herabstufung der A44/DÜBODO im Bereich Bochum/Velbert in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans bedeute praktisch das Aus für die DÜBODO, ist eine gezielte Täuschung und Beruhigungsspiel für die Bevölkerung. Tatsächlich soll die DÜBODO mehrere Kilometer im Osten (Bochum) und Westen (Ratingen-Velbert) weitergebaut werden. Wie das Verkehrsgutachten des Wuppertal Instituts und die eigenen Gutachter von Minister Clement vom IVV-Büro Aachen aufgezeigt haben, werden im Bereich Bochum auf dem Außenring/Schnittstelle A44 derartig große Staus provoziert werden, dass der Zwang zum Durchbau der DÜBODO von Bochum bis Velbert durch die geplanten Maßnahmen geradezu programmiert wird. Die erneute Heraufstufung dieses Teilstücks in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans kann wie schon 1992 schnell erfolgen.
3. Die vereinbarte Gesamtautobahnlösung für das mittlere Ruhrgebiet ist abhängig von Entscheidungen des Gesetzgebers auf Bundesebene und den Finanzierungsmöglichkeiten auf Landes- und Bundesebene. Die Bürgerinitiative wird deshalb ihre Aktivitäten auf Landesebene und Bundesebene verstärken, um jeglichen Weiterbau der DÜBODO zu verhindern. Ihre Hoffungen richten sich dabei insbesondere auf veränderte Mehrheitsverhältnisse in Bonn 1998. Die jetzt vereinbarten Autobahnprojekte müssen in eventuellen rot-grünen Koalitionsverhandlungen in Bonn zur Disposition gestellt werden.
4. Zur Koordinierung der erforderlichen Aktivitäten lädt die Bürgerinitiative Bochum gegen die DÜBODO gemeinsam mit den GRÜNEN in Bochum alle betroffenen Bürgerinitiativen und grünen Kreisverbände im mittleren Ruhrgebiet, die grüne Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion zu einem Koordinierungstreffen am kommenden Dienstag, den 9. September, in Bochum ein. Die Bürgerinitiative erwartet vom kommenden Landesparteirat der GRÜNEN in NRW am 14. September ein klares Signal der grünen Landespartei zu den geplanten Autobahnprojekten.